

## Euro verstärkt Ungleichgewicht in EU

14.10.2010 | 18:43 | VON UNSEREM KORRESPONDENTEN OLIVER GRIMM (Die Presse)

**Ein neues IWF-Papier liefert Währungskommissar Olli Rehn neue Munition gegen die Finanzminister im Kampf um echte Strukturreformen. Durch mehr Flexibilität auf den nationalen Arbeitsmärkten könnte man gegensteuern.**

[BRÜSSEL]Die Einführung des Euro hat die Unterschiede zwischen starken Exportnationen wie Deutschland oder Österreich und wirtschaftlichen Sorgenkindern wie Griechenland oder Italien deutlich verschärft. Das zeigt eine neue Untersuchung durch den Internationalen Währungsfonds IWF. Diese wachsenden Ungleichgewichte im Austausch von Waren und Dienstleistungen zwischen den Euroländern ließen sich aber durch mehr Flexibilität auf den nationalen Arbeitsmärkten und mehr Wettbewerb zwischen den Unternehmen verringern, halten die Studienautoren nach einer Analyse von 18 europäischen Ländern im Zeitraum 1948 bis 2008 fest.

### Auch Deutschland muss etwas tun

Wenige Tage vor einem wichtigen Treffen der europäischen Finanzminister in Brüssel erhält Olli Rehn, der EU-Wirtschafts- und Währungskommissar, somit wertvolle Schützenhilfe aus Washington. Denn der Befund im IWF-Arbeitspapier mit dem Titel „The Euro's Effect on Trade Imbalances“ von Helge Berger (IWF) und Volker Nitsch (Technische Universität Darmstadt) nimmt nicht nur jene Länder in die Pflicht, die jahrelang mehr importierten als exportieren. Auch Überschussländer wie Deutschland sind der Studie zufolge aufgerufen, etwas gegen die Verschärfung der Ungleichgewichte zu unternehmen. „Sehr offene Überschuss-Volkswirtschaften“ sollten die Binnennachfrage anreizen, damit ihr Wachstum nicht so stark wie bisher vom Export und damit von den Schwankungen der Weltwirtschaft abhängig ist. Denn wenn ihre Verbraucher mehr konsumieren und weniger sparen, glättet das ebenso die Imbalancen in der Handelsbilanz, wie es Arbeitsmarktreformen in den Defizitländern tun würden.

Die Studienautoren stellen klar, dass die Handelsbilanz eines Landes nicht notwendigerweise immer ausgeglichen sein muss. Länder, die wirtschaftlich aufholen, importieren typischerweise eine Zeitlang deutlich mehr Anlage- und Verbrauchsgüter, als sie exportieren. Das sieht man an den Handelsstatistiken erfolgreicher postkommunistischer Reformländer wie Tschechien oder der Slowakei.

Wenn das Handelsverhältnis eines Landes aber rasch und dauerhaft auf eine schiefe Ebene gerät, sei das ein Zeichen für tief liegende wirtschaftliche Erstarrung und Verzerrungen, geben die Autoren zu bedenken. Vereinfacht gesagt: Wer ewig mehr konsumiert, als er selber produziert, bekommt irgendwann ein Problem.

Vor Einführung des fixen Wechselkurses in der Währungsunion konnten solche Defizitländer durch Währungsabwertungen dafür sorgen, dass ihre Produkte im internationalen Vergleich halbwegs konkurrenzfähig blieben. Der Euro machte das zunichte. So hat sich Italiens Handelsbilanzdefizit gegenüber Deutschland im ersten Jahrzehnt des Euro verfünffacht.

### Rehn will Strafen für Reformfaule

Das ist einer der Hauptgründe, warum die griechische Krise zu einer Krise der gesamten Währungsunion werden konnte. Und das ist auch der Grund, warum Kommissar Rehn am 29. September ein neues System der Überwachung der Wettbewerbsfähigkeit der Euroländer vorgeschlagen hat. Nicht nur zu hohe Defizite und Staatsschulden sollen bestraft werden. Auch Länder, die sich den Empfehlungen zu Arbeitsmarkt- und Wettbewerbsreformen widersetzen, sollen 0,1 Prozent ihrer Wirtschaftsleistung als Strafe zahlen.

Nächsten Montag werden die Finanzminister der Euroländer erstmals darüber beraten. Mit Widerstand ist zu rechnen, denn Rehns Vorschlag läuft darauf hinaus, dass sich die Finanzminister selber für verschlafene Reformen bestrafen müssten.

© DiePresse.com